

Presseinformation

Frankfurt am Main, 24. Januar 2017

Pressesprecherin
Kathleen Niepmann

Ederstraße 12
60486 Frankfurt am Main
Telefon: 069 7947-6400
Telefax: 069 7947-996400
kathleen.niepmann
@diakonie-hessen.de
www.diakonie-hessen.de

Diakonievorsitzender Rühl: Abschiebung nach Afghanistan ein Akt der Unmenschlichkeit

Diakonie Hessen übt scharfe Kritik an Abschiebung von Flüchtlingen in ihre Heimat – „Sicherheitslage dort ist nach wie vor prekär“

Horst Rühl, Vorstandsvorsitzender der Diakonie Hessen, hat die Abschiebung von Flüchtlingen am späten Montagabend vom Frankfurter Flughafen nach Afghanistan scharf kritisiert. „Die Abschiebung nach Afghanistan ist aus humanitären Gesichtspunkten durch nichts zu rechtfertigen, sie ist ein Akt der Unmenschlichkeit. Die Sicherheitslage in Afghanistan ist unbeständig und prekär, den Menschen ist eine Rückkehr dorthin in Sicherheit und Würde nicht möglich“, sagte der Diakonievorsitzende. Per Sammelabschiebung waren gestern Abend 26 Flüchtlinge aus verschiedenen Bundesländern von Frankfurt aus in ihre Heimat zurückgefliegen worden.

Rühl sagte: „Die Bedrohung der zivilen Bevölkerung in Afghanistan ist zurzeit so hoch wie seit Jahren nicht mehr. Immer wieder kommt es zu Menschenrechtsverletzungen auch durch regierungstreue Kräfte und zu Kriegsverbrechen. Nicht zuletzt die zerstörte Infrastruktur und die hohe Anzahl von Binnenflüchtlingen lässt die Aufnahme weiterer Rückkehrer nach Afghanistan nicht zu.“ Noch am Wochenende hatte sich der Diakonievorsitzende in einem Schreiben an die Hessische Landesregierung und an die Fraktionsvorsitzenden im Landtag gewandt und „dringend“ gebeten, „den Erlass eines sofortigen Abschiebungsstopps für afghanische Flüchtlinge zu prüfen“, wie es auch in anderen Bundesländern der Fall war.

„Weil die Schutzquote afghanischer Flüchtlinge aktuell bei deutlich über 50 Prozent liegt, würden wir es zudem sehr begrüßen, wenn sich das Land Hessen auf Bundesebene für die Öffnung der Sprach- und Integrationskurse für Afghanen mit Aufenthaltsgestattung und Duldung einsetzt“, ergänzte der Diakonievorsitzende abschließend.